

Mitteilungen

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

editorial



THOMAS FUCHS, GROSSRAT,
SEKRETÄR PRO LIBERTATE

E-Mail: fuchs@prolibertate.ch

Stoppt den Schmusekurs!

Itze längt's?! Täglich werden Menschen grundlos verprügelt und am Boden liegend noch durch Fuss Tritte im Kopfbereich verletzt. Ob jung oder alt: die Täter machen keinen Unterschied. Es wird überfallen, gestohlen, vergewaltigt; immer offener und hemmungsloser. Selbst der Tod der Opfer wird in Kauf genommen. Sicher ist man nicht einmal mehr im Gefängnis! Dort bringt ein Wiederholungstäter und zweifacher Kindsmörder einen jungen Mithäftling um. Ist das die linke Vorstellung von Resozialisierung? Wieso kann man sich im Gefängnis frei bewegen und von Zelle zu Zelle wandern? Wieso müssen nach Expertenmeinung Demochaoten in Bern mit Samthandschuhen angefasst und während der Einvernahme durch die Polizei auch noch verpflegt werden? Im Vorfeld von Wahlen reden plötzlich sogar die Sozis von Bettelverbot, Sauberkeit und mehr Polizeikräften. Es wäre dringend nötig, aber bitte aus Überzeugung!

Die EU-Angriffe auf unsere Souveränität sind unhaltbar



REFERAT VON NATIONALRAT
JEAN-PIERRE GRABER, LA NEUVEVILLE (BE)

Der Begriff der staatlichen Souveränität beschreibt die Selbstbestimmungsfähigkeit durch **Eigenständigkeit und Unabhängigkeit**. So grenzt sich die Souveränität vom Zustand der Fremdbestimmung ab. Zur staatlichen Souveränität gehört nicht nur die Souveränität gegen aussen (staatliche Unabhängigkeit), sondern auch die Selbstbestimmung in Fragen der staatlichen Gestaltung. **Die gegenseitige Achtung der staatlichen Souveränität ist zentrale Voraussetzung für internationale Beziehungen.**

Völkerrechtliche Ausgangslage ist klar

Damit ist die völkerrechtliche Ausgangslage klar: **Es hat kein Staat**

■ EU-Kommission, Brüssel. ■

In dieser Ausgabe

- 3** Zensurmanöver gegen die SVP
- 3** Das Haus am Checkpoint Charlie
- 4** Wahlempfehlung
- 5** Jahresbericht der Präsidentin:
Das Geheimnis der Freiheit ist der Mut
- 7** Schlusswort
- 8** Zusammenfassung



das Recht, von einem anderen Staat zu verlangen, dass dieser sein Recht in einem bestimmten Sinne ändert. Die staatliche Souveränität ist gegenseitig zu achten. Oder wie es vor ein paar Tagen ein Kollege formuliert hat: Unter zivilisierten Nachbarn betreibt man keine Kanonenbootdiplomatie.

Dieser Grundsatz gilt auch dann, wenn ein Staat einen Wettbewerbsnachteil gegenüber einem anderen erleidet. Wenn also die Schweiz flächendeckende Rauchverbote einführt und die Tourismusbranche darunter leidet, sind wir nicht berechtigt, von unseren Nachbarstaaten eine entsprechende Gesetzgebung zu verlangen. Wenn die Schweiz ein Gentechnikmoratorium einführt und aus diesem Grund Unternehmungen abwandern, gibt uns dies nicht das Recht, von anderen Staaten auch ein solches Moratorium zu verlangen, um Wettbewerbsnachteile zu verhindern.

Unsinnige Argumentationsgrundlage der EU

1972 hat die Schweiz mit der EU ein Freihandelsabkommen abgeschlossen. Ziel des Freihandelsabkommens war die Schaffung eines **umfassenden Freihandelsraumes EFTA-EWG** für Industrieprodukte. Bei diesem Vertrag handelt es sich völkerrechtlich eindeutig **nicht um einen Integrationsvertrag**, sondern um einen normalen Freihandelsvertrag. Das Abkommen verbietet für die vom Abkommen abgedeckten Produkte Zölle und mengenmässige Beschränkungen sowie wirkungsgleiche Massnahmen. Auch das Bundesgericht hat das Freihandelsabkommen in ständiger Rechtsprechung als ein reines Handelsabkommen qualifiziert, das nicht wie der EG-Vertrag einen einheitlichen Binnenmarkt mit überstaatlicher Wettbewerbsordnung, sondern bloss eine Freihandelszone schaffen will. **Mit dem schweizerischen Steuerwettbewerb hat dieser Vertrag nach wie vor nichts zu tun.**

Es ist nicht zu erklären, warum die Auslegungspraxis zum Übereinkommen während 30 Jahren zu keiner Kritik Anlass gegeben hat und nun plötzlich rechtswidrig sein soll. **Juristisch ist klar, dass ein Vertrag nicht einseitig abgeändert werden kann.** Dies bedeutet auch, dass eine Begriffsbedeutung, die sich erst nachträglich in der Rechtsentwicklung der EU ergeben hat, nicht massgebend sein kann. Der Vorwurf der EU, welche Steuerer-

leichterungen mit «staatlichen Subventionen» gleichsetzt, mutet deshalb entsprechend absurd an. Und es ist auch allzu offensichtlich: Der EU geht es nur darum, **missliebige Konkurrenz auszuschalten** und die Schweiz zu zwingen, sich dem (hohen) Steuerniveau der EU anzupassen.

Angriff auf das schweizerische Staatssystem

Die Freiheit, die Verfassungsordnung selbständig zu gestalten, ist zentraler Bestandteil der staatlichen Souveränität. So zeichnet sich das schweizerische Regierungssystem – im Gegensatz zur Ordnung anderer Staaten – durch eine starke **föderalistische, freiheitliche und demokratische Prägung** aus. Vor diesem Hintergrund ist auch das **schweizerische Steuersystem** zu erklären, welches auf die föderativen Grundsätze und den interkantonalen Wettbewerb baut. Teil der kantonalen Selbständigkeit, aber auch der Gemeindeautonomie ist die **selbständige Bestimmung über die Höhe der Steuerbelastung**. Die einzelnen Kantone unterscheiden sich nicht nur in der Höhe der Steuersätze, sondern auch in der Berechnung des steuerbaren Einkommens. In der direkten Demokratie der Schweiz werden alle kantonalen Steuergesetze vom Volk bestimmt.

Die Ausgestaltung des schweizerischen Systems entspringt einer freiheitlichen Überlegung: **Jeder Kanton und jede Gemeinde soll nur so viel Steuern, Abgaben und Gebühren erheben, wie es zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben nötig ist.** Dieser Bedarf an finanziellen Mitteln kann am besten auf Gemeinde- oder kantonaler Stufe definiert werden. Die föderalistische Regelung garantiert gleichzeitig eine Kontrolle der Stimmbürger über die ihnen auferlegte steuerliche Belastung, welche sie mittels ihrer demokratischen Mitwirkungsrechte selber beeinflussen bzw. festlegen können.

Letztlich ist die **Erhebung von Steuern** vor allem auch ein **staatlicher Eingriff ins Privateigentum**. Aus diesem Grund – zum Schutz der Bürger vor zu weit gehenden Eingriffen des Staates – ist es in der Schweiz üblich, **Höchststeuersätze** in der Verfassung festzulegen. Um die mehrfache Besteuerung des gleichen Objekts zu vermeiden, gilt ein **Doppelbesteuerungsverbot** unter den Kantonen. Auch diese Grundsätze stehen in diametralem Gegensatz zu den Diskussionen um **Min-**

deststeuersätze in der europäischen Union.

Die Ausgestaltung des schweizerischen Steuersystems baut auf die Prinzipien und Grundsätze der verfassungsrechtlichen Ordnung unseres Landes. **Ein Angriff auf dieses System kommt deshalb einer Infragestellung des schweizerischen Staatssystems und unserer Souveränität gleich.** Dies darf sich die Schweiz nicht bieten lassen.

Viele Steuererleichterungen und Ausnahmen in der EU

Die Schweiz ist Musterschülerin in der Anwendung internationalen Rechts. Bevor die EU die schweizerische Souveränität in Frage stellt, sollte sie sich in ihrem eigenen Hoheitsgebiet umschauen: Halb Europa bietet Unternehmen Sondertarife an – oft weitaus niedrigere als die Schweiz. **Zypern** bietet zahlreiche Steuerbefreiungsvarianten an und gilt als perfekter Standort, um die Gewinne ausser Landes zu bringen. Auch **Malta** wirbt damit, ein Offshore-Standort zu sein. Die **Slowakei** hat eine Flatrate von 19%, die **baltischen Staaten** haben ein Zero-Tax-Angebot für Zuzüger, **Grossbritannien** hat steuerfreie Routing-Regeln für Holdingfirmen und Offshore-Inseln. Auch der EU-Beitrittskandidat **Mazedonien** wirbt mit 10-jähriger Gewinnsteuerbefreiung, niedrigster einheitlicher Gewinnsteuer (10%) und 0% Steuer auf reinvestierten Gewinnen.

Tatsache ist: Seit Abschluss des Freihandelsabkommens von 1972 hat sich die finanzielle Situation vieler EU-Mitgliedstaaten drastisch verschlechtert. In Europa fehlt es an Geld an allen Ecken und Enden. In dieser Situation ist der **Schweizer Steuerwettbewerb** ein besonderes **Ärgernis**. Einerseits, weil die schweizerische Situation den Unternehmungen eine interessante Alternative zu vielen abgewirtschafteten, grossen EU-Ländern bietet. Und andererseits, weil die bescheidene Besteuerung in der Schweiz einen gewissen **Wettbewerbsdruck auf die europäischen Nachbarländer** ausübt. Zudem sind die Länder der europäischen Union in Bezug auf die **Ausrichtung von Subventionen** wahrlich **keine Vorbilder**: So leistet etwa Deutschland in den neuen Bundesländern bei Neuinvestitionen für Sägewerke bis zu 50% der Investitionssumme als staatlichen Förderbeitrag. Ist dies der Wettbewerb, den die EU anstrebt oder wird **etwa doch mit ungleichen Ellen gemessen?**

Wenn die EU auf das schweizerische Steuersystem Einfluss nehmen will, kommt dies einer Missachtung der staatlichen Souveränität gleich. Diesem Angriff auf unseren Föderalismus und unser direktdemokratisches Staatssystem darf auf keinen Fall stattgegeben werden: Über unser Steuersystem gibt es nichts zu verhandeln!

Der Steuerwettbewerb ist nicht nur ein wichtiger Standortfaktor und damit Fundament des schweizerischen Wohlstandes, sondern auch Ausdruck der durch den Föderalismus gegebenen kantonalen Souveränität in Finanzfragen. Wie das schweizerische Verfassungssystem überhaupt, so baut auch das Steuersystem auf föderative Grundsätze und

den interkantonalen Wettbewerb. Eine Infragestellung dieser Regelungen kommt deshalb einem Angriff auf das schweizerische Staatssystem an sich und damit auf unsere Souveränität gleich. (...)

Zensurmanöver gegen die SVP



PATRICK FREUDIGER,
STADTRAT LANGENTHAL

E-Mail: p.freudiger@besonet.ch

Nachdem die SVP mit ihrer Politik nicht mehr im Bundesrat vertreten ist, setzt sie ihre Wahlversprechen als Oppositionspartei um. Mit diesem neuen Kurs konnte die Partei bereits wichtige Erfolge feiern. Innert gerade mal zwei Wochen nach der Abwahl Christoph Blochers verzeichnete die SVP 10000 (!) Neumitglieder. Der zunehmende Druck von aussen beeinflusst nun die Mitte-Parteien. CVP-Präsident Christophe Darbellay hat sich für die Ausschaffungsinitiative ausgesprochen. In der Januar-Session hat eine Mehrheit aus CVP-, FDP- und SVP-Parlamentariern eine Revision des Krankenversicherungsrechtes verabschiedet. Die Revision ist ein Gegenvorschlag zur SVP-Prämiensenkungsinitiative und nimmt rund 80% der Initiativ-Forderungen auf.

Beim Volk beliebt – bei der Konkurrenz gefürchtet. Die SVP-Oppositionspolitik ist in aller Munde. Deshalb ist die SVP auch in den Medien ein dominierendes Thema. Das passt nicht allen. Der Publikumsrat der SRG ist «irritiert» über den Stellenwert der SVP in den Medienberichterstattungen. Präsident Othmar Kempf klagte auf Anfrage, zu viele Sendungen seien zu sehr auf die Oppositionsrolle der SVP fokussiert. Irritierend ist indes nur die Reaktion des Publikumsrates. Wenn nämlich andere Parteien die Sendegefässe der SRG füllen, kommt vom Publikumsrat keine Reaktion. Man erinnere sich an das Wahldebakel der

SP in Zürich vom 15. April 2007. Zum ersten Mal wurde damals einer breiten Öffentlichkeit deutlich, dass den Sozialdemokraten die Wähler scharenweise davonlaufen. Das Thema hatte einen hohen Stellenwert in den Medienberichterstattungen der SRG, insbesondere auch die Aussagen von Bundesrätin Calmy-Rey. Trauriger Höhepunkt der SP-fokussierten Berichterstattung war ein Familientreffen von 5 SP-Prominenz in im «Zischtigsclub». 75 Minuten gebührenfinanzierte Werbefläche für die SP – und keine Reaktion des Publikumsrates.

Der Publikumsrat ist mit seinen Zensurforderungen nicht allein. Auch Ueli Haldimann, Chefredaktor des Schweizer Fernsehens, macht mit. Er hat in einer internen Mitteilung vom 2. Februar dieses Jahres seine Moderatoren und Redaktoren angewiesen, die SVP nicht mehr als Oppositionspartei zu bezeichnen. Der Chefredaktor des Schweizer Fernsehens respektiert die politische Ausrichtung der wählerstärksten Partei nicht mehr: Was für ein privatwirtschaftlich etabliertes Unternehmen unmöglich wäre, wird im gebührenfinanzierten Monopol-TV Realität.

Linke Politiker frohlocken. SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer doziert: «Die Opposition der SVP ist mehr ein PR-Gag als eine ernst zu nehmende Sache». Auf ihrer Homepage erleuchtet uns die SP-Nationalrätin, wie ernsthafte Politik auszusehen hat, z.B. zum Thema Integration: «Die beste Integration ist die Einbürgerung.» Schweizer Pässe verteilen und dann hoffen, dass sich alle brav an unsere Regeln halten. Wie gut dieses ernsthafte Rezept in der Praxis funktioniert, hat gerade kürzlich der Karneval in Locarno gezeigt, wo ein junger Schweizer von zwei Kroaten und einem Bosnier zu Tode geschlagen wurde. Einer der Täter besitzt einen Schweizer Pass. Sieht so die «beste Integration» aus?

Die SVP ist zur stärksten Partei der Schweiz geworden, weil sie kompromisslos die Sorgen der Bürger wahrgenommen hat, insbesondere in der Aussen- und Ausländerpolitik. Zensurmanöver des SF-Chefredaktors oder des Publikumsrates der SRG können am Erfolg der SVP nichts ändern. Wohl aber an der Legitimation des gebührenfinanzierten Staatsfernsehens.

Das Haus am Checkpoint Charlie

DR. FRIEDRICH WILHELM SCHLOMANN,
KÖNIGSWINTER/BONN

Unmittelbar im Zentrum Berlins, wo sich 1961 amerikanische und sowjetische Panzer schussbereit gegenüberstanden, befindet sich in einem zweistöckigen Haus das bestbesuchte Museum der Millionenstadt. Suchen es doch heute täglich durchschnittlich weit über 1000 Menschen auf, wobei inzwischen die meisten Ausländer sind.

Anhand überaus vieler Dokumente und Photos zeigt die Ausstellung die Geschichte Berlins nach dem II. Weltkrieg, sie beleuchtet die baldige sowjetische Blockade und gedenkt ausführlich der West-Alliierten mit ihrer Luftbrücke. Derselbe Raum erinnert an den Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953, der von den Panzern in Moskau erstickt wurde. Der Tag war letztlich nur der Anfang einer langen Entwicklung. Die ungarische Revolution 1956, der «Pra-

ger Frühling» bis zur Solidarnosc in Polen.

Inzwischen, August 1961, hatte die SED-Diktatur die Berliner-Mauer errichtet, um das Weglaufen ihrer Zwangs-Untertanen zu verhindern. Etliche Original-Ausstellungsstücke dokumentieren, wie und mit welchen Mitteln damals die Menschen trotz aller Gefahren den Weg in die Freiheit suchten: Da ist etwa das beschlossene Opel-Auto, das mit vier Personen die Grenzsperren nach Westberlin durchbrach. Jahre später wurde unterhalb der Sektorengrenze in zehnmonatelanger Arbeit ein 120 Meter langer Tunnel gebaut, durch den 29 Flüchtlinge kamen; die Karre, mit der bei diesen heimlichen Arbeiten die Erdmassen weggeschafft werden mussten, befindet sich ebenfalls in der Ausstellung. Ein weiteres Dokument aus jener Zeit sind drei Sessel-Lifte, mit denen sich im Schutz der Dunkelheit eine Familie vom Dach eines DDR-Ministeriums nach West-Berlin abseilte. Anderen Fliehenden half eine selbsthergestellte zerlegbare «Brücken-Leiter», alle Sperren zu überwinden. Genau so zeigt das Museum ein Mini-Unterseeboot – den ersten Scooter mit Benzinantrieb. Ein DDR-Student floh damit über die Ostsee nach Dänemark. Zeichnungen erinnern an das tollkühne Unternehmen zweier Tschechen, die 1956 von Hochspannungsmast zu Hochspannungsmast den Weg nach Bayern fanden. Ausgestellt in natura ist der Motor-drachenflieger, mit dem ein Landsmann von ihnen nach Österreich floh. Ein junger Ost-Berliner verwandelte



ein Segelflugzeug mit viel Farbe und einem grossen roten Sowjetstern in ein «sowjetisches Flugzeug» und ging zu Recht davon aus, dass ein DDR-Soldat es niemals wagen würde, darauf zu schießen; bald landete er gesund im Westteil Berlins. Die heimlichen Erbauer eines Heissluftballons in der DDR besaßen Kenntnisse nur aus geliehenen Büchern, doch gelang es ihnen, damit sich und ihre Familien in die Bundesrepublik zu bringen!

Die nur recht selten überlieferten hektografierten Zeitungen «Grenzfälle» und «Umweltblätter» der DDR-Bürgerrechtsbewegung – stumme Zeugen des Aufbruchs jenseits der Berliner Mauer – präsentiert die Ausstellung ebenfalls.

Wer die damaligen Jahre in Polen miterlebte, wird mit Erstaunen in

den Räumen Originale der Zeitung «Solidarnosc» betrachten. Ein äusserst kostbares Exponat ist eine Ausgabe von «Samisdat» – jener Untergrundschrift in der Sowjetunion! Es fehlt auch nicht die berühmte Fahne des neuen Russlands, die nach dem 19. August 1991 zwei Tage und Nächte durch die Strassen Moskaus getragen wurde, um die Bevölkerung zum Schutz Jelzins gegen die stalinistisch-kommunistischen Putschisten aufzurufen und die nach dem Sieg die Opfer dieser Erhebung auf ihrem letzten Weg begleitete.

Der Besuch der Ausstellung stimmt recht nachdenklich. Wo es auch immer war: Die Menschen kämpften und suchten die Freiheit! Wieviele Menschen im Westen aber wissen um dieses hohe Gut – wieviele sind wirklich bereit, für sie einzutreten?

Aufruf zur Abstimmung vom 24. Februar 2008



Stimmen Sie **«nein»** zur Volksinitiative gegen Kampffjetlärm in Tourismusgebieten!

Eine glaubwürdige Luftwaffe benötigt Trainingsraum in der Schweiz!

Sie trainiert für unsere Sicherheit und Freiheit!

Das Geheimnis der Freiheit ist der Mut

AMI BOSSARD GARTENMANN

E-Mail: amibossard@prolibertate.ch

Dies war unser Motto des neuen Tätigkeitsjahres und es wurde auch gleich auf die Probe gestellt:

Veranstaltungen

Das Vereinsjahr 2007/2008 war von Ereignissen geprägt, die nachhaltige Eindrücke hinterliessen.

3. März 2007



Mut und Spontaneität haben jene Versammlungsteilnehmer bewiesen, die an der Hauptversammlung mitgeholfen haben, damit unser geplantes Referat von Eva Herman zum Thema: «Verlust der Weiblichkeit, Entrechtung der Eltern, Werteverfall» noch durchgeführt werden konnte. Ohne diesen Spontaneinsatz wäre dies nicht mehr möglich gewesen. Die Rede- und Meinungsfreiheit wurde an diesem Anlass von Links-Chaotinnen und Kampf-Emanzen massiv torpediert, konnte aber dank der Zivilcourage vieler Anwesenden nicht unterbunden werden. Medienwirksam jedenfalls war dieser Anlass. Während 14 Tagen waren die Leserspalten der Berner Zeitungen damit gefüllt. Auch der Tages-Anzeiger brachte eine Notiz und die Diskussions-Sendung «Arena» bot PRO LIBERTATE eine Plattform zum Thema Kinderbetreuung. Selbst einen Mitgliederzuwachs konnten wir verzeichnen.

Nicht nur in der Schweiz auch in Deutschland versuchte man Eva Herman nach der Publikation eines weiteren Bestsellers: «Das Prinzip Arche Noah» mundtot zu machen, indem man sie in die «Naziecke» abzudrängen versuchte. Was da medial mit ihr veranstaltet wurde, ist eine moderne Hexenjagd – nichts ande-



■ ■ «Das Prinzip Arche Noah»
Pendo-Verlag
ISBN-10: 3-86612-133-4
ISBN-13: 9783866121331
Preis Fr. 32.90 ■ ■

res! Warum diese Hetze? Vielleicht möchte man gewisse Tatsachen verheimlichen. Ihr zweites Buch birgt mehr Zündstoff als das erste. Interessant ist hier ihr Hinweis auf folgende Meldung: «Am 13. März 2007 haben das europäische Parlament, Rat und Kommunen in Strassburg eine gemeinsame Erklärung zur Kinderbetreuung in Europa abgegeben. Danach sollen die Anstrengungen in diesem Bereich erheblich verstärkt werden, damit bis 2010 in allen Mitgliedstaaten Betreuungsmöglichkeiten für mindestens 90 Prozent der Kinder ab dem dritten Lebensjahr und für mindestens 33 Prozent der Kinder unter drei Jahren zur Verfügung gestellt werden können.» Was im Kommunismus gescheitert ist, versucht man nun in der EU zu installieren. Die staatliche Kinderbetreuung! Nicht nur in der EU auch in der Schweiz stehen sogenannte familienfreundliche Parteien an vorderster Front mit der Forderung nach Tages- und Kindertagesstätten.

31. August 2007



Die Herbstexkursion im August zur Drohnenbasis nach Emmen und die anschliessende Besichtigung des Bourbaki-Museums in Luzern war ebenfalls ein voller Erfolg.

6. Oktober 2007



In Erinnerung bleibt der 6. Oktober auf dem Bundesplatz anlässlich des SVP-Wahlfestes. PRO LIBERTATE beabsichtigte an diesem Anlass die freiheitliche Politik zu unterstützen und Informationsmaterial zu verteilen. Erneut erlebten wir einen gewalttätigen Angriff. Der Informationsstand wurde zerstört, das Material abgepackelt und unsere Leute konnten sich nur noch in Sicherheit bringen. Die Meinungsfreiheit wurde totalitär niedergeschlagen.

Die Replik des Stadtpräsidenten Tschäppät auf unsere Schadenersatzforderung lautete folgendermassen:

«Gemäss kantonalem Recht haftete die Gemeinde nur für Schäden, die widerrechtlich zugefügt worden sind. Der Gemeinderat hat keinen Grund zur Annahme, Angestellte der Stadt hätten am 6. Oktober 2007 widerrechtlich gehandelt. Sie machen dies auch nicht geltend. Der Gemeinderat ist weiter der Auffassung, eine gewisse Beeinträchtigung durch staatliches Handeln sei nicht zu vermeiden und von den Betroffenen hinzunehmen. Er hält deshalb auch die Voraussetzungen für eine allfällige Billigkeitshaftung für nicht gegeben. Der Gemeinderat bedauert den unglücklichen Verlauf der Kundgebung vom 6. Oktober 2007 ausserordentlich. Die Vorfälle sind inzwischen untersucht und der Gemeinderat nimmt seine politische Verantwortung wahr. Er wird die Lehren, die aus den Vorfällen vom 6. Oktober zu ziehen sind, auch mit dem in Zukunft für den Einsatz der Polizei zuständigen Kanton diskutieren. Auch die vom Experten Dr. Peter Schorer durchgeführte Untersuchung ergab keine Anhalts-

punkte für eine Haftung der Stadt. Der Gemeinderat lehnt es aus diesen Gründen ab für Umsatzeinbussen aufzukommen.» Nicht mal adressatengerecht wurde der Brief abgefasst! Schadenersatz für Umsatzeinbussen haben wir nicht gefordert!

6
7

12./13. Dezember 2007

Die bedauerliche «Bundesrats-Misswahl» demonstrierte nicht gerade ein auftragsorientiertes Parlament mit würdigen Volksvertretern, sondern eher ein Schmierentheater. Zukünftig gilt es das Geschehen unter der Bundeshauskuppel noch kritischer zu betrachten.

Abstimmung vom 24. Februar 2008 «Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten»



Dank der Unterstützung zahlreicher Mitglieder können wir uns aktiv gegen diese luftwaffenfeindliche Initiative engagieren. Mittels Flugblättern, Postkarten und Klebern versuchen wir unseren Beitrag für unsere Flugwaffe zu leisten. Die Nachfrage nach unseren Karten, Klebern und Flugblättern ist gross, selbst Offiziersvereine dürfen wir beliefern. Wir hoffen auf ein «Nein» am 24. Februar!

PL-Mitteilungen

Schwerpunktthema in unseren sechs Mitteilungen war die Armee. Die Armee gilt uns als Garant für Freiheit und Unabhängigkeit. Für die Erfüllung des Auftrages benötigt sie finanzielle Mittel und Übungsmöglichkeiten. Aus militärischer, wie auch aus politischer Sicht ist die Weber-Initiative abzulehnen. Über diese Thematik äusserten sich Korpskommandant Knutti, Kommandant der Flugwaffe, Nationalrat Amstutz,



Sigriswil, und Oberstleutnant im Generalstab Merz, Kommandant des Fliegergeschwaders 13. Ebenfalls publizierten wir die Stellungnahme der Parteien zum Thema Armee-Entwicklungsschritt 08/11. Ein Aspirant der Unteroffizierschule schilderte uns seine Eindrücke und gab uns Einblick in die aktuelle Ausbildung.



PRO LIBERTATE kämpft für ein freies Waffenrecht und informiert über die «Aktion-Notwehr». Nicht nachvollziehbar ist der Bundesratsentscheid, welcher die Abgabe der Taschenmunition fordert. Auch mit der Energie- und Klimafrage haben wir uns auseinandergesetzt. Infos lieferte uns der Mediensprecher der Axpo. Unser Mitglied Peter Baumgartner stellte PRO LIBERTATE seinen Vortrag zum Thema Klimaerwärmung und Co² zur Verfügung.



Dr. Schlomann, unser Auslandkorrespondent, hat uns in interessanten Essays über die Themen: Freiheit und Russland informiert. Patrick Freudiger, unser jüngstes Vorstandsmitglied, bereicherte un-

sere Mitteilungen mit seinen witzig-satirischen Berichten zur aktuellen Politik.

Zusammenarbeit

PRO LIBERTATE ist Mitglied bei der Interessengemeinschaft Schweiz – Zweiter Weltkrieg. Diese Vereinigung wird von Luzi Stamm geleitet und setzt sich für die Würdigung der Aktivdienstgeneration und für eine wahrheitsgetreue Darstellung der Zeit während des Zweiten Weltkrieges ein.

In der Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Armee (AWM) engagieren wir uns zusammen mit anderen Organisationen für eine glaubwürdige und eigenständige Armee. Ebenfalls haben wir gute Kontakte zu den Vereinigungen proTell, Medienpaktikum und Aktion Aktivdienst.

Finanzen

Die Jahresrechnung 2007 wird an der Hauptversammlung vorgelegt und erläutert. Wir konnten höhere Einnahmen verzeichnen, haben jedoch durch die Abstimmungskampagne betreffend Weber-Initiative auch höhere Ausgaben zu verbuchen. Doch dürfen wir wieder eine ausgeglichene Rechnung präsentieren.

Mitgliederbestand

Für die Werbung von Neumitgliedern haben wir intensiv gearbeitet. So konnten wir im Jahr 2007 mehr Neueintritte verbuchen als im Jahr 2006. Die Neueintritte konnten leider den Austritten wegen Alter und Tod kaum standhalten. Vermehrt müssen wir uns auch in diesem Jahr um Neumitglieder bemühen.

Vorstand

«Last but not least» danke ich meinen Vorstandskollegen für die tatkräftige Unterstützung während den letzten vier Jahren. In einem kleinen Gremium ist jeder gefordert. Für die Zukunft wäre es vorteilhaft, den Vorstand um ein oder zwei Mitglieder zu erweitern, damit die Arbeitsbelastung etwas verteilt werden kann.



Schlusswort

Ich gebe hiermit, wie ich schon an der Hauptversammlung 2007 angekündigt habe, das Amt als Präsidentin weiter.

In diesen vier Jahren haben wir uns stets für die Grundwerte eingesetzt. Wir haben uns im Jahr 2005 massiv gegen die Schengenassoziation gewehrt – leider vergeblich. Die Auswirkungen werden sich erst noch zeigen, wenn Schengen wirklich umgesetzt wird.



Die Armee als Garant unserer Souveränität und Sicherheit, haben wir stets unterstützt und uns für die Anliegen einer verteidigungsfähigen Milizarmee eingesetzt. Wir haben auch den direkten Kontakt gesucht und uns an die Front begeben. Wir besuchten den «Militärflugplatz Meiringen», erhielten Gelegenheit zu einem Truppenbesuch in Thun und besuchten die Festung Sargans. Erfreulicherweise nahmen an diesen Veranstaltungen jeweils über 100 Mitglieder und Sympathisanten teil.



Wir liessen uns auch direkt von der Armeespitze orientieren: Divisionär von Orelli sprach an der Hauptversammlung im Jahre 2005.



Mit Dr. Jürg Stüssi folgten wir den Spuren von General Guisan in Interlaken.



Die Medienberichterstattung ist ein Thema, welches uns auch stark beschäftigte. Sehr aufschlussreich war damals der Vortrag von Markus Somm, dem stellvertretenden WELTWOCHEN-Redaktor zum Thema: «Warum ist die Schweiz nicht mehr liberal? Die Rolle der Medien?». Ein Lichtblick ist in der Presselandschaft die WELTWOCHEN, welche effektiv eine andere Sichtweise aufzeigt. Dies hat auch einen spürbaren Einfluss auf andere Presseerzeugnisse.



Ein Höhepunkt unter anderem war das Jubiläumsjahr 2006 mit der würdigen Feier im Berner Rathaus und dem äusserst interessanten Referat von Prof. Dr. Franz Jaeger zum Thema: «Die schweizerische

Europapolitik aus wirtschaftspolitischer Sicht». Auch der Jubiläumsausflug nach Grandson war eine unvergessliche Veranstaltung.



Hinweisen möchte ich auf unsere Jubiläumsbroschüre – verfasst vom ehemaligen Präsidenten Werner Gartenmann – und auf unsere Broschüre mit den Grundsatzreferaten zu Freiheit, Demokratie und Menschenwürde.



Unseren Mitgliedern, Gönnern und Sympathisanten danke ich für jegliche Unterstützung finanzieller und ideeller Art. Auch hoffe ich, dass Sie PRO LIBERTATE weiterhin treu bleiben, denn der Einsatz für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde ist notwendiger denn je. Die Entrechtung der Bürger nimmt weiter ihren Lauf, wenn Gerichte politische Entscheide fällen, wenn die Kindererziehung verstaatlicht werden sollte, wenn der Gesetzesdschungel sich stetig verdichtet und die Klimadiktatur die Vorherrschaft übernimmt.

... 2 klare Worte und Positionen

Zusammenfassung dieser PRO-LIBERTATE-Mitteilungen

1. «Die EU hat sich nicht in unsere Steuerpolitik einzumischen!»
2. «Freiheit ist ein hohes Gut!»

8


und ... 2 dringende Aufrufe

1. 24. Februar 2008, Eidgenössische Volksabstimmung:
Nein zur Volksinitiative «Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten»,
Ja zur Unternehmenssteuerreform.
2. 8. März 2008:
Hauptversammlung der Schweizerischen Vereinigung
PRO LIBERTATE in Ostermundigen (Hotel Bären).
Melden Sie sich bitte rasch an!

PRO  LIBERTATE – mit Sicherheit
mehr bürgerliche Schweiz.

LinksLink

www.vbs.ch
www.luftwaffe.ch
www.sicherer-luftraum.ch
www.aktion-notwehr.ch
www.kmu-steuerreform.ch

Sie können Spenden
an PRO LIBERTATE
auch in  tätigen.

Impressum

Redaktion: A. Bossard Gartenmann, M. Gerber

Geschäftsstelle:

Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE,
Postfach 587, 3052 Zollikofen
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85
Internet: www.prolibertate.ch
E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint 6x jährlich. Leserzuschriften müssen
nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC 30-26847-0

Vorstand

Ami Bossard Gartenmann (Präsidentin),
3800 Matten b. I.
Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 6
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen
Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern-Bümpliz
Patrick Freudiger, 4900 Langenthal

Redaktionsschluss dieser Nummer: 12.2.2008



Die Bestrebungen von

PRO  LIBERTATE

für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz
interessieren mich.

Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- Ich bin an weiteren Informationen interessiert

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach 587 • 3052 Zollikofen

2.08

Schon
vorbeigesurft?

www.prolibertate.ch